EVP PEV
Evangelische Volkspartei · Parti Evangélique
Kanton Bern Canton de Berne

Geschäftsstelle EVP BE
Nägeligasse 9
Postfach 294
3000 Bern 7
Tel. 031 352 60 61
Mail: info@evp-be.ch

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern
Herr Regierungsrat Andreas Rickenbacher
Münsterplatz 3a
3011 Bern

per E-Mail an:
consultation@vol.be.ch

Bern, 11. Juli 2013

Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG); Aufhebung der Befristung; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Rickenbacher

Die Evangelische Volkspartei (EVP) des Kantons Bern dankt Ihnen für die Möglichkeit, am Vernehmlassungsverfahren über das Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG) teilnehmen zu dürfen.

Die EVP unterstützt die Aufhebung der Befristung des PMG Wohnen und ist wie die Regierung der Ansicht, dass die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt, namentlich die sehr tiefe Leerwohnungsziffer in gewissen Agglomerationen sowie der hohe Erneuerungsbedarf bei Wohnsiedlungen, eine kantonale Unterstützung weiterhin rechtfertigt. Die Tatsache, dass die kantonale Förderstelle seit Inkrafttreten des PMG über 60 vertiefte Beratungen durchgeführt und 21 Projekte direkt unterstützt hat, zeigt, dass das Bedürfnis für eine Förderung klar ausgewiesen ist. Bei den bisher zugesicherten Beträgen von rund 650'000 Franken handelt es sich um effizient eingesetzte Gelder, lösen doch die vom Kanton mitgeförderten Projekte ein Bauvolumen von 200 Mio. Franken aus.

Sinnvoll erscheint der EVP insbesondere die konzeptionelle Unterstützung von kleineren und mittleren Wohnbaugenossenschaften, die bei der Erarbeitung von Projekten oftmals an ihre Grenzen stossen. Gleichzeitig können mit diesen Beratungen auch wichtige ökologische Aspekte (Verdichtung, Dämmung etc.) angestossen und gefördert werden. Dass das Beratungsangebot auf kantonaler Ebene angesiedelt ist, finden wir richtig. Denn kleinere und mittlere Gemeinden sind damit überfordert.

Der EVP ist es ein grosses Anliegen, den sozialen Wohnungsbau – insbesondere für Familien – auf sinnvolle Weise zu fördern. Insbesondere grosse Gemeinden wie Bern, Biel und Thun müssen dabei unterstützt werden, weil dort die Wohnungsnot am grössten ist. Es ist wichtig

darauf zu achten, dass die tatsächlich Bedürftigen von verbilligtem Wohnen profitieren können. Eventuell müsste der Kanton in diesem Bereich ebenfalls aktiv werden und auch Gemeinden beraten, wie sie auf effiziente Art billigen Wohnraum zur Verfügung stellen können.

Für die Aufnahme unserer Hinweise und Überlegungen danken wir Ihnen bestens.

Mit freundlichen Grüssen

P. Messerli

Philippe Messerli
Co-Geschäftsführer EVP Kanton Bern